

# WEG IN DEN AUFSTAND

CHRONIK ZU

OPPOSITION UND WIDERSTAND

IN DER DDR ZWISCHEN

1987 UND 1989

herausgegeben von  
Thomas Rudolph,  
Oliver Kloss,  
Rainer Müller  
und  
Christoph Wonneberger

1



neu erschienen im Araki Verlag

Erstmals wird die Friedliche Revolution als ein politisch gewollter Weg transparent gemacht. Die beginnende Vernetzung subversiver Gruppen und deren Strukturen werden gezeigt, die Untergrundarbeit, das zielgerichtete Vorgehen aber auch die Wechselwirkungen der Bewegung innerhalb der Kirche. Über den Leipziger Sonnabendskreis waren Bürger- und Menschenrechtsgruppen der DDR, von Greifswald bis Großhennersdorf, verknüpft. Ca. 20 Samisdatt-Redaktionen, 15 alternative Bibliotheken sowie ca. 20 weitere Friedens- und Umweltgruppen in gut 50 Orten Ostdeutschlands wurden dort koordiniert und über geheime Kontakte mit den Westmedien „gesichert“. Viele Quellen und Dokumente werden erstmalig veröffentlicht. Das Werk entstand im Auftrag des Archivs der Initiative Frieden und Menschenrechte e.V. Sachsen.

Band 1 Kräfteformierung 13.8.1987 – 30.11.1988 bereits erschienen

Band 2 Opposition und die Machtfrage 1.12.1988 – 7.10.1989 im Frühjahr 2015

Band 3 Das Zurückweichen des Staatsapparates 8.10.1989 – 31.12.1989 im Sommer 2015

## „DAS BUCH FÜLLT EINE LÜCKE, WEIL DAS BISHERIGE BILD ZU EINFACH GESTRICKT IST.“

Christoph Wonneberger, Träger  
des Deutschen Nationalpreises 2014

**25,- €**, 384 S., mit Hardcover, Fadenheftung & Lesebändchen

Sonderpreis von 14,95 für Schüler, Studenten, Lehrer sowie Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und politische Forschungsstellen. In diesem Fall: Scan der Bescheinigung bitte mit Titel „Sonderpreis“ direkt an [vertrieb@araki.de](mailto:vertrieb@araki.de). Ab 10 Exemplaren Bestellmenge gibt es ein Freiemplar.

ISBN 978-3-941848-17-7

[www.araki.de](http://www.araki.de)



# Weg in den Aufstand

**Chronik zu Opposition und Widerstand in der DDR  
vom August 1987 bis zum Dezember 1989**

Aus Dokumenten der Leipziger Bürger- und Menschenrechtsgruppen  
Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Menschenrechte, Sonnabendkreis  
sowie der Redaktion der Samisdat-Zeitschrift Grenzfall in Berlin.

Herausgegeben von

Thomas Rudolph, Oliver Kloss, Rainer Müller und Christoph Wonneberger  
im Auftrage des Archivs der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e. V.,  
Band 1, Leipzig, ARAKI Verlag, ISBN 978-3-941848-17-7, S. XV-XXXII:

## **Vorwort**

1.	„Kennst du dein Leben?“	XV
2.	Zu den Anfängen dieses Buches	XVI
3.	Zu Geschichte und Methode	XVII
4.	Aus der Perspektive des organisierten Widerstandes	XIX
5.	Die Eroberung der Ressource Organisation	XX
6.	Das Theologische Seminar Leipzig	XXII
7.	Das Konzept der Gewaltlosigkeit	XXIV
8.	Der negative Konsens im organisierten Widerstand	XXVI
9.	Weltpolitische Veränderungen	XXVII
10.	Wozu die deutsche Teilung bewahren?	XXIX
11.	Der Leipziger Schachzug: Austausch zwischen subversiven Gruppen und Ausreisewilligen	XXX
12.	Einübung des aufrechten Ganges	XXXI

Der Text vorliegender Leseprobe weicht geringfügig von der Druckfassung ab; er wurde um Fußnoten und Links erweitert.



## Vorwort

*„Seit 1988 gab es schon eine Verzahnung von Bürger- und Menschenrechtsgruppen aus Leipzig und Berlin und auch aus der Provinz, Beziehungen zu Solidarność und der Charta 77 und auch die Einbeziehung von Ausreiseantragsstellern.*

*Es war nicht alles Zufall.*

*Manches ist uns einfach geglückt. Wie ein Wunschkind.*

*Und vieles davon ist noch nicht ´mal bekannt ...*

*Vor 25 Jahren hat mich der Schlag getroffen.*

*An meiner empfindlichsten Stelle, am Sprachvermögen. [...]*

*Wir brauchen eigentlich ein stehendes Heer von Experten und Trainern, die in Krisen und Konflikten zur Verfügung stehen, die intelligente Lösungen anbieten – und das gewaltfrei.“*

Christoph Wonneberger  
in seiner Rede anlässlich der Verleihung  
des Deutschen Nationalpreises  
in Berlin am 24. Juni 2014

### 1. „Kennst du dein Leben?“

Diese Frage mag diesseits der Demenz zu einem Lächeln reizen, doch halt! Sie ist nicht trivial. Die Hirnforschung lehrt uns Vorsicht: Mit jedem Erinnern wird der Inhalt der Erinnerung neu abgespeichert. Das heißt, je öfter das Erlebte erinnert wird, um so weiter kann es sich kreativ vom ursprünglichen Sachverhalt entfernen. Das muss bei Leibe noch kein psychisch bedingter Selbstbetrug sein, denn er ist in gewissem Maße prinzipiell unumgänglich. Überdies besitzen wir nie uninteressierte Zeugen, die uns über die Differenz aufklären könnten. Der archimedische Punkt fehlt generell.

Schwimmen wir im Unbestimmten und bilden uns wild Beliebiges ein? Ist die res facta von der res ficta et picta nie ganz zu scheiden, da das Kriterium fehlt? Wenn es so wäre, könnten die Historiker ihre Annalen schließen und sich mit einer Roman-Idee den Schriftstellern zugesellen. Aber es gibt Artefakte, es gibt Verschriftetes, es gibt Zeugnisse des Gewesenen, über deren Interpretation wir uns streiten können, weil sie jenseits unserer Gehirne und außerhalb unserer Sprache existieren. Wir können auf sie verweisen und vermittels ihrer sogar unsere eigenen Erinnerungen korrigieren. Wer je auch nur sporadisch Tagebuch geschrieben hat, kennt diesen Genuss verwunderter Selbst-Korrektur eigener Irrungen. Wir können nicht nur die eigenen Spuren zu lesen und zu entschlüsseln lernen. Bisweilen stellt sich beim Lesen sogar der Duft wieder ein, der einst verspürt worden war ...

Eingedenk alldessen, was inzwischen zu Vorurteilen über Opposition und Widerstand in der „DDR“ geronnen ist, können wir froh sein, dass wir – und andere über uns – genügend Material und Texte hinterlassen haben. Vielleicht glaubten wir uns sonst inzwischen selbst nicht mehr, was wir dereinst gewollt und gedacht haben?

## 2. Zu den Anfängen dieses Buches

Jahre nach dem Herbst der Revolution gab es ein erstes Wiedersehen von einstigen Mitarbeitern der subversiven Gruppen in Leipzig mit Pfarrer Christoph Wonneberger. Er lernte wieder sprechen. Mochte die Wortfindung bisweilen noch missglücken, so war doch Verstehen schon möglich.

Gegen die erste absurde Preisverleihung an einen anderen Pfarrer für nur vermeintliche Verdienste an der Revolution hatten Vertreter der Gruppen bereits so verwundert wie erfolglos protestiert. Der Geehrte war für das ausgezeichnet worden, was ihm zu verhindern tatsächlich misslungen war. Christoph Wonnebergers Schlaganfall Ende Oktober 1989 war für seine Freunde ein Schock, doch Chance für seine Gegner.

Bereits an dem Abend der Begegnung schlug Thomas Rudolph vor, es sei an der Zeit Material zusammenzutragen, um den Weg in den Aufstand aus unserer Perspektive darzustellen. Allen Beteiligten war inzwischen klar geworden, dass Historiker uns diese Aufgabe nicht abnehmen werden. Christoph Wonneberger lachte und erklärte uns, es gäbe keine Eile, ein Dezennium müsse mindestens verstreichen, ehe sich auch nur die Möglichkeit böte, für unsere Perspektive öffentlich ernsthaft Interesse zu wecken. Noch seien zu viele Involvierte in honorigen Positionen aktiv, mit deren engagierter Gegnerschaft wir rechnen müssten. Sein Humor war nicht pessimistisch, denn er erinnerte uns auch unserer Jugend und orientierte lediglich auf fernere Zukunft. Die Mehrheit der Mitwirkenden in den Leipziger Gruppen nahte sich erst nach der Revolution dem dreißigsten Lebensjahr. Friederike Freier – die Jüngste – war 1989 sechzehn Jahre alt.

Zum zehnten Jubiläum der Revolution hatte Thomas Rudolph nach Dresden eingeladen. Wenngleich er als Persönlichkeit stets intellektuell beeindruckend zu polarisieren versteht, besitzt er zugleich als Organisationstalent auch die Gabe, bemerkenswerte bis gegensätzliche Menschen zu versammeln und zu gemeinsamen Projekten zu einen. Nicht wenige der einst Engagierten waren angereist, feierten und ließen sich für den zu gründenden Verein *Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen* oder zumindest als Mitwirkende an der Materialsammlung gewinnen. Einige meinten, es sei nun an der Zeit, das eigene Licht unter dem Scheffel hervor zu holen. Andere wollten zumindest ihren Kindern Zeugnis geben, in widrigen Zeiten nicht zu den Feiglingen gehört zu haben. Frank Richter verlangte nach einem weiteren Teil der „Mücke“. Er bezog



sich auf eine Samisdat-Broschüre, die bereits im März 1989 einen kurzen Abriss vorangegangener Ereignisse enthalten hatte.<sup>1</sup>

Aus gemeinsamer Material-Sammlung gewann Thomas Rudolph in Rücksprache und Zusammenarbeit mit vielen Beteiligten die hier gebotene Chronik, die seit dem Jahre 2000 grob fertig war, mochte sie auch noch einige Ergänzungen und Korrekturen erfahren haben. Diese Chronik ist „work in progress“, ein einstweiliges Werk, offen für weitere Zuarbeit, zu der alle einst Beteiligten eingeladen sind. Die Charakterisierung der beiden Gruppen wurde jeweils von mehreren ehemaligen Angehörigen autorisiert.

Unterbrochen wurde die Arbeit am Vergangenen nicht nur für Thomas Rudolph durch das aktuell für notwendig erachtete Engagement gegen die Konter-Reformen rechter Sozialdemokraten in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Seit 2009 ist der genesene Christoph Wonneberger – der mutigste Pfarrer im Süden der einstigen „DDR“ – auch wieder öffentlich wahrgenommen und geehrt worden.

Als sehr problematisch erwies sich für das vorliegende Werk angesichts des Textumfanges die Suche nach einem Verlag, dem Risikofreude und Interesse am Inhalt nicht fremd sind. Nun sind wir im 25. Jubiläumsjahr der gelungenen Revolution und wir möchten unseren Beitrag zur Diskussion stellen.

---

<sup>1</sup> Arbeitsgruppe Menschenrechte und Arbeitskreis Gerechtigkeit (Hrsg.): Die Mücke. Dokumentation der Ereignisse in Leipzig. Leipzig, Samisdat, März 1989, S. 1–17:  
<http://www.archive.org/details/DieMuecke-DokumentationDerEreignisseInLeipzig1989>.  
Nachdruck: Leipziger Chronik (Teil 1) vom 13. Februar bis 5. September 1988, in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 6, April 1989, S. 8–11:  
<https://archive.org/details/LeipzigerChronik1989teil1> sowie  
Leipziger Chronik (Teil 2) vom 11. September 1988 bis 27. Januar 1989, in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 7, Juni 1989, S. 7–10:  
<https://archive.org/details/LeipzigerChronik1989teil2>.  
Fortsetzung: Leipziger Chronik (Teil 3) vom 23. Februar bis 29. Mai 1989, in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 8/ 9, Oktober 1989, S. 14/ 15:  
<https://archive.org/details/LeipzigerChronik1989teil3> sowie  
Leipziger Chronik (Teil 4) vom 4. Juni bis 4. September 1989, in: Ost-West-Diskussionsforum. Nr. 10, Februar 1990, S. 18–20:  
<https://archive.org/details/LeipzigerChronik1989teil4>.

### 3. Zu Geschichte und Methode

Wir Heutigen sind weder im Banne eines hegelianischen Konzeptes von welthistorisch objektiv notwendigen Abläufen des Fortschritts befangen, noch in der Lehre vom behaupteten Objektivismus marxistischer Gesellschaftsentwicklung, die keinen Widerspruch darin erkannte, zugleich Motivationstheorie zu ihrer Umsetzung sein zu wollen. Uns narrt weder die leninistische „wissenschaftliche Weltanschauung“ noch der Glaube eines Leopold von Ranke, dem Historiker sei es vergönnt, aus „*Theoria*“ heraus, gleichsam den Blick eines Gottes teilend, objektiv auf die Geschichte zu schauen und zu schreiben, „*wie es eigentlich gewesen*“ sei.

Das andere Extrem, die Gleich-Gültigkeit postmoderner Ansätze des 20. Jahrhunderts, bleibt ohnmächtig und wie aller Relativismus für alles Handeln entweder irrelevant oder rein willkürlich.

Bereits in der Historismus-Debatte hatte die Geschichtswissenschaft nachgeholt, worin ihr die Philosophie seit Kant vorangegangen war: Die Objektivität der Objekte war problematisch geworden, das heißt die jeweilige Bewertung wurde diskutabel und der expliziten Kriterien bedürftig. Die Facta verloren ihre vermeintliche Unschuld.

Aus dieser methodologischen Reflexion gewann Ernst Troeltsch (1865–1923) eine Trias von Grundprinzipien historisch-kritischer Forschung, deren Akzeptanz jeglichen Dogmatismus in der Wissenschaft ausschließt:

#### 1. Kritik: De omnibus dubitandum.

Wer etwas dem methodischen Zweifel entzieht, beraubt es jeglicher Glaubwürdigkeit. In der naturwissenschaftlichen Analyse können Schlüsse durch das Experiment bewiesen werden, doch infolge grundsätzlicher Unwiederholbarkeit von Geschichte sind auf historischem Gebiet nur Wahrscheinlichkeitsurteile unterschiedlicher Grade möglich. Vor der Kritik ist jeder Text, jedes Artefaktum, jede Überlieferung etc. gleich und gewinnt erst durch Interpretation eine Bewertung.

#### 2. Analogie

Zu diesem Prinzip bemerkt Ernst Troeltsch: „*Die Analogie des vor unseren Augen Geschehenen und in uns sich Begebenden ist der Schlüssel zu Kritik*“.<sup>2</sup>

Was der Naturwissenschaft das Experiment ist, das bedeutet für die historische Methode die Analogie. Wenn es in der Geschichte auch niemals eine Wiederholung von Geschehenem gibt, so setzt die kritisch-historische Methode doch die prinzipielle Gleichartigkeit allen Geschehens voraus, die zwar „*den Unterschieden*

---

<sup>2</sup> Troeltsch, Ernst: „Über historische und dogmatische Methode in der Theologie“ [1908]. In: ders.: Zur religiösen Lage, Religionsphilosophie und Ethik. Gesammelte Schriften, Bd. II, Tübingen, Mohr, 1913, S. 729–753, S. 732.



*allen möglichen Raum lässt, im übrigen aber jedesmal einen Kern gemeinsamer Gleichartigkeit voraussetzt, von dem aus die Unterschiede begriffen und nachgeföhlt werden können*<sup>3</sup> Wodurch sich ein Geschehen von Vergleichbarem unterscheidet, wird aus Vergleichen gewonnen. Gleichartigkeit bedeutet nicht Gleichheit. Wollte man die Gleichartigkeit bestreiten, bestritte man auch die Bedeutung historischen Geschehens für die Gegenwart. Geschichte verlöre den Sinn, denn wozu sollten wir uns dann noch mit ihr beschäftigen?

### 3. Korrelation

Das Korrelationsprinzip bezeichnet die *„Wechselwirkung aller Erscheinungen des geistig-geschichtlichen Lebens“*. Es kann *„keine Veränderung an einem Punkte eintreten [...] ohne vorangegangene und folgende Änderung an einem anderen, so daß alles Geschehen in einem beständigen korrelativen Zusammenhange steht und notwendig einen Fluß bilden muß, indem Alles und Jedes zusammenhängt und jeder Vorgang in Relation zu anderen steht“*<sup>4</sup> Jedes historische Geschehen hat eine innergeschichtliche Ursache und ist selbst wieder Ursache für neue geschichtliche Ereignisse.

Gewiss lassen sich Wunder behaupten, Singularitäten postulieren, doch wer die Trias dieser Prinzipien verlässt, beschreitet den Weg in den Dogmatismus, über den zu diskutieren sich bestenfalls noch in Glaubens-Gemeinschaften Gleichgesinnter lohnt, wie sie Richard Rorty (1931–2007) mochte. Wer den Historiker-Streit aus den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrunde der drei Prinzipien beleuchtet, wird ihn als Streit zwischen Dogmatikern begreifen lernen.

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 732.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 733.

#### 4. Aus der Perspektive des organisierten Widerstandes

„Der Zeitzeuge ist der Feind des Zeitgeschichtlers“ – ein Bonmot, vernommen von Christoph Kleßmann. Wer den Herausgebern und Mitwirkenden an dieser Chronik eine ausgeprägt subjektive Perspektive der Wahrnehmung unterstellen wollte, hätte einfach recht. Sie sind nicht nur Zeit-Zeugen, sondern überdies Zeit-Täter, selbst Akteure des Geschehens. Aber weshalb sollten sie deshalb nicht qualifiziert sein, eine Chronik zu bieten?

Karl Marx (1818–1883) zeigte die Abhängigkeit der Interessen von der Zugehörigkeit zur sozialen Klasse. Spätestens Friedrich Nietzsche (1844–1900) bereicherte die Menschheit um die Einsicht, dass nicht nur in der Kunst, auch im Sozialen die perspektivische Wahrnehmung und Wertung sogar unumgänglich ist. Weltzugang ist demnach immer standortgebunden. Solche Redlichkeit muss bei Leibe nicht in den beliebigen Relativismus führen. Sie eröffnet den Wettbewerb um Interpretation, um die Bedeutung von Konflikt-Linien und die Relevanz dessen, worauf sich leibhaftige Menschen jenseits der Perspektiven beziehen. Dabei ist es ein Gebot der Redlichkeit, die eigene Perspektive und die eigenen Wertsetzungen explizit zu machen.

Wir sind nicht vor die Entscheidung zwischen den Ästhetiken Sergei Eisensteins oder Leni Riefenstahls gestellt. Wie Eisenstein den „Sturm auf das Winterpalais“ als Massenszene inszenierte, kann beeindruckend, doch hat es mit dem historischen Geschehen fast nichts gemein. Die Gefahr verfälschender Monumentalgeschichte ist unser Problem nicht. Manche hadern sogar mit den Begriffen „*Revolution*“ oder „*Aufstand*“. Für den Wechsel eines politischen Systems unter Beteiligung von Hunderttausenden dürften solche Begriffe freilich angemessen sein. Vielleicht ist es gerade die Manipulation durch die inszenierte Monumentalität propagandistischer Bild-Ästhetik, die Hemmungen vor den großen Worten erzeugt? Gemessen an den kreativen Inszenierungen von Revolutionen in der Kunst war der reale organisierte Widerstand in der „DDR“ natürlich personell fast unscheinbar, technisch und finanziell sehr schlecht ausgestattet. Der Stil der Chronik erlaubt eine sachliche und distanzierte Ordnung.

Hat sich für den redlichen Geist die Annahme einer absoluten objektiven Wahrheit erledigt, so bleibt doch die Möglichkeit der Betrachtung eines Gegenstandes aus möglichst vielen Perspektiven sowie die Reflexion dieses Perspektivismus. In diesem Sinne möchten wir die Sicht auf die Revolution von 1989 bereichern. Perspektive heißt auch Begrenzung, im vorliegenden Falle auf zwei der subversiven Gruppen und deren Umfeld in Leipzig.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Neben diesen beiden Gruppen war auch die *Initiativgruppe Leben (IGL)* zeitweise an der Leipziger Lukaskirche bei Pfarrer Christoph Wonneberger verortet. Dieser Gruppe hat das *Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.* im Jahre 2008 ein Denkmal gesetzt in dem Doku-Drama unter der Regie von Sebastian Dehnhardt und Matthias Schmidt „Das Wunder von Leipzig – Wir sind das Volk“.

## 5. Die Eroberung der Ressource Organisation

Schon Friedrich Nietzsche wusste: Auch *„die Stärksten und Glücklichen sind schwach, wenn sie organisierte Herdeninstinkte, wenn sie die Furchtsamkeit der Schwachen, die Überzahl gegen sich haben“*.<sup>6</sup>

Wer vor diesen drei sozialen Mächten nicht sogleich kapitulieren will, muss die Ressource Organisation erobern. Doch der Realsozialismus erlaubte die in der Verfassung garantierte Vereinigungsfreiheit praktisch nicht. Jeder Wunsch nach einer Vereinigung musste im Realsozialismus beim Staate beantragt werden und es oblag dessen Willkür, die gesellschaftliche Notwendigkeit dafür zu definieren. Das Ansinnen, ohne vorherige Erlaubnis einen Personenzusammenschluss zu gründen, konnte als Bildung einer illegalen Vereinigung strafrechtlich verfolgt werden.

Praktisch bot sich nur die Möglichkeit, die legal bestehenden Organisationen auf ihre Tauglichkeit als Partner für subversive Bestrebungen zu prüfen. Der Pseudo-Pluralismus der Blockparteien stand klar unter der Kontrolle der Staatspartei. Eine Organisation wie der Kulturbund gönnte bestimmten besonderen Interessen, die auch eine politische Dimension besitzen konnten, ein gewisses Maß kontrollierter Freiheit.<sup>7</sup>

Im Unterschied zu Polen besaß die römisch-katholische Kirche in der „DDR“ mit rund einer Million Mitgliedern politisch weder Ambitionen noch große Bedeutung. Dennoch gab es auch aus ihren Reihen Einzelne, die zum politischen Widerstand fanden, so Konrad Weiß in Berlin oder in Leipzig der Oratorianer Hans-Friedrich Fischer.

Zu den evangelischen Kirchen zählte immerhin rund ein Viertel der Bevölkerung, überdies waren sie seit dem 19. Jahrhundert vom Liberalismus mehr oder weniger stark beeinflusst worden und hatten ein anspruchsvolles Kulturchristentum ausgebildet. Das heißt, die Mehrheit evangelischer Christen war der fundamentalistischen Tendenzen der einstigen Reformatoren wie Zwingli oder Luther abhold und pflegte die Tradition liberaler Kulturbürgerlichkeit mit Toleranz und Bildungsanspruch. Aus dieser Haltung heraus ergab sich eine gleichsam selbstverständliche Distanz zu den Genossen der Staatspartei.

Übten Jugendliche die Abkehr aus dem verordneten Rahmen staatlicher Organisiertheit, fanden sie schnell Anknüpfungspunkte zur evangelischen Kirche, die sich ihrerseits seit den 70er Jahren durchaus eines Zulaufs von Jugendlichen

---

<sup>6</sup> Nietzsche, Friedrich: Werke in drei Bänden. Hrsg. Karl Schlechta, München, Hanser, 1966, Bd. III, S. 748.

<sup>7</sup> So wurde zum Beispiel Esperanto nie öffentlich gefördert, aber im Kulturbund durften die Esperantisten als Arbeitsgruppe existieren, obwohl sie weltweite Kontakte pflegten. Solange sie sich dabei auf die Tradition der klassenbewussten Arbeiter-Esperantisten beriefen und nicht auf die bürgerlich-kosmopolitischen Freunde der internationalen Kunstsprache, bekamen sie keinen politischen Ärger.

erfreuen durfte, mochten diese auch die eigentlichen Glaubensbekenntnisse eher antiquiert und wunderlich finden.

Sogar Karlheinz Deschner, der bedeutendste lebende Kirchenkritiker, schrieb im Aphorismus: „*Einziger Grund, warum ich kein Kommunist bin: die Kommunisten. Der Grund, warum ich kein Christ bin: das Christentum.*“<sup>8</sup> Mochte es noch viele weitere Gründe geben, kein Kommunist zu sein, so durfte wohl fast jede und jeder in der „DDR“ die Erfahrung machen, dass die edlen Charaktere unter Genossinnen und Genossen spärliche Ausnahmen bildeten, wenn, dann eher unter Alten, sehr selten unter jüngeren Menschen. Hingegen waren in den Kreisen der Kirchen die für originelle Gedanken offenen Menschen, die neugierigen Gewitzten, die beeindruckend Gebildeten, die für Kunst- und Sinnenfreuden Aufgeschlossenen, die freieren und freien Geister zu finden, wenngleich sie im „DDR“-Sprachgebrauch als „*religiös gebunden*“ bezeichnet wurden.

Die evangelischen Kirchen boten auch die – schon von Rudolf Bahro hervorgehobene – Raumbefreiheit für Selbstorganisation, überdies Schutz durch Öffentlichkeit und juristischen Beistand im Falle der Verhaftung und Anklage.

Wie wenig Offenheit die staatlichen Organisationen im Vergleich zu den Kirchen boten, lässt sich an den Anfängen der Schwulen-Bewegung in der „DDR“ erkennen. Traditionell ethisch hätte man erwarten können, bekennende Atheisten dürften sogar weniger Probleme als Kirchen mit Homosexualität haben. Aber Eduard Stapel gründete die erste *Arbeitsgruppe Homosexualität* in der *Leipziger Studentengemeinde*. Diese Arbeitsgruppe wurde auch von Genossen und sogar Offizieren besucht.

Als erste und letztlich einzige Organisation des Widerstandes hat die *Initiative Frieden und Menschenrechte* in Berlin das schützende Dach der Kirche verlassen, die hier behandelten Leipziger Gruppen hatten dies seit Dezember 1988 ebenfalls erwogen, doch praktisch kam es nicht mehr zur Umsetzung.

Später gab Lotte Templin einmal humorvoll zu bedenken, vielleicht sei das „*Grundübel von 1989 die evangelisierte Opposition*“ gewesen, die feinsinnigen Umgangsformen ohne enthemmte Wut. Wer lange den Raum der Kirche als einzige mögliche Sphäre von Öffentlichkeit zu nutzen gelernt hätte, gewönne auch den „*geistig-geistlichen Stallgeruch des heimgesuchten Ortes*“. Dies könnte eine Ursache sein, weshalb der organisierte Widerstand in der „DDR“ weniger nachhaltig auf die Gesellschaft einwirken konnte als in anderen Staaten nach revolutionär überwundenem Kommunismus.

Die „DDR“ hatte 1989 noch über 15 Millionen Einwohner. Die etwa 2,3 Millionen Mitglieder der Staatspartei *SED*, der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, hatten danach keine Nachteile zu fürchten Nicht einmal alle offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeiter des *Ministeriums für Staatssicherheit* wurden im vereinten Deutschland aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

---

<sup>8</sup> Deschner, Karlheinz: Bissige Aphorismen. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1996, S. 43.

Besonders bedauerlich ist bis heute die Nachwirkung der Genossen im Bildungswesen für die nachwachsende Generation. In der ehemaligen Tschechoslowakei hingegen ist es in Lustrationsverfahren gelungen, die Mitglieder der kommunistischen Partei aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.<sup>9</sup>

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst eines demokratischen Staates ist ein Privileg, das den bekennenden Anhängern einer Diktatur nicht hätte überlassen werden sollen.

## 6. Das Theologische Seminar Leipzig

*„Die evangelische Landeskirche Sachsen besaß als die größte in der DDR noch ihre seit Jahrhunderten gewachsene, kaum verminderte Organisation mit einem dichten Netz von Gemeinden, Kirchengebäuden und Gemeindehäusern, mit einem immer noch ansehnlichen Bestand an Pfarrern, Kantoren, Jugendwarten und Gemeindegemeindeführerinnen, mit zahlreichen über das Land verstreuten Rüstzeitheimen und diakonischen Einrichtungen und einer eigenen theologischen Ausbildungsstätte in Gestalt des Theologischen Seminars Leipzig. Damit verfügte sie über eine zwar vom staatlichen Sicherheitsapparat argwöhnisch überwachte, ansonsten aber von staatlichen Eingriffen freie Struktur, in der sich die widerständigen Kräfte einrichten konnten“,* bemerkt Karlheinz Blaschke.

Dieser nicht nur für Sachsen bedeutende Historiker gehörte auch zu den Dozenten dieser größten der drei nicht-staatlichen evangelischen Hochschulen in der „DDR“. Aus eigener Erfahrung kann er berichten: *„In den letzten Jahren der DDR drängten in zunehmendem Maße Menschen ohne kirchliche Bindung unter das Dach der Kirche, um sich im Schutz dieser einzigen noch bestehenden freien Organisation zusammenzufinden, sich auszutauschen und gemeinsame politische Ziele anzustreben. Das betrifft besonders diejenigen Bewohner der damaligen DDR, die auf diese Weise ihre Ausreise hofften erreichen zu können. Für die Kirchenleitungen war der Umgang mit solchen unkirchlichen Gruppen besonders schwierig, weil sie damit dem Staat gegenüber in ihrer geduldeten Rolle als Gemeinschaft gläubiger Menschen unglaublich und verdächtig wurden, zur Basis einer politischen Opposition zu werden.“*<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. Gauck, Joachim: Herrschaftswissen in Hände und Köpfe der Unterdrückten, in: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen. Berlin, 2007, S. 6–9, S. 8.

<sup>10</sup> Blaschke, Karlheinz: Die „sächsische“ Revolution von 1989 – ein städtisches Ereignis. In: Kirchgäßner, Bernhard/ Becht, Hans-Peter (Hrsg.): Stadt und Revolution. (Stadt in der Geschichte, Bd. 27) Stuttgart, Thorbecke, 2001, S. 109–124, S. 111 f.  
[http://archive.org/details/Karlheinz-Blaschke\\_2001\\_Saechsische-Revolution-1989](http://archive.org/details/Karlheinz-Blaschke_2001_Saechsische-Revolution-1989)

Es bleibt ein Rätsel, weshalb das *Theologische Seminar* dreier evangelisch-lutherischer Landeskirchen bis heute von DDR-Forschern und in der Literatur zur Revolution von 1989 nicht gewürdigt worden ist, obwohl das *Ministerium für Staatssicherheit* dessen Gefährlichkeit durchaus erkannt hatte: „Das *Theologische Seminar* stellt einen Konzentrationspunkt von Personen mit einer politisch indifferenten bis politisch-negativen Grundhaltung dar. Die Ausbildung an dieser Einrichtung orientiert sich theologisch und politisch stark an westlichen Denkmodellen.“<sup>11</sup>

Auch die beiden anderen nicht-staatlichen Hochschulen der evangelischen Kirchen in Naumburg und Berlin bildeten solche „Konzentrationspunkte“, wo sich nicht nur „fromme“ Pfarrerskinder bewarben und sich die Dozenten nicht nur auf Theologie beschränkten. Bei der Muttersprachlerin Wilma Sievers lasen wir im Englisch-Unterricht auch Martin Luther King. Der Historiker Karlheinz Blaschke bot zum Beispiel regelmäßig eine Lehrveranstaltung zur Geschichte des Nationalsozialismus, in der auch über erlebte Analogien diskutiert werden konnte. Deutschlandweit bekannt wurde nach 1989 neben anderen Wolfgang Ullmann (1929–2004), der Kirchenhistoriker des *Sprachenkonvikts zu Berlin* als Bundestagsabgeordneter des *Bündnis 90/Die Grünen*.

Die kirchliche Hochschule in Leipzig war mit maximal 200 Studenten die größte derartige Bildungsstätte.<sup>12</sup> Wer die subversiven Akteure der Zeit vor dem Herbst 1989 überblickt, findet nicht nur viele Studenten, Gasthörer oder wenigstens Benutzer der Bibliothek (die sich auch von sonstigen „DDR“-Bibliotheken abhob, indem sie keine Sperrliteratur kannte) unter ihnen. Eine auffällige Mehrheit gehörte direkt oder indirekt zum Umfeld dieser Institution. Nicht nur der

---

<sup>11</sup> Otto, Hauptmann/ Grießbach, Leutnant: Eröffnungsbericht zur Einleitung der OPK „Rechtler“ vom 14. August 1987, Leipzig AOPK 1853/88, in: Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen (Hrsg.): Aus den MfS-Akten zur Arbeitsgruppe Menschenrechte: Auswahl aus der archivierten Operativen Personenkontrolle AOPK „Rechtler“ der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der ZMA der Kreisdienststelle Dresden-Stadt 65 149 (1987–1989), Leipzig, 2014, BStU-Seite 3;

[https://archive.org/details/1989\\_mfs-zur-agm\\_aopk-rechtler\\_zma-dresden-65149](https://archive.org/details/1989_mfs-zur-agm_aopk-rechtler_zma-dresden-65149).

In den Akten des *MfS* wird das *Theologische Seminar Leipzig* bisweilen auch abgekürzt: *ThSL*.

<sup>12</sup> Anfang der 1980er Jahre gab es auf einen Studienplatz etwa zehn Bewerber. Auch wer aus politischen Gründen die Sektion Theologie der *Karl-Marx-Universität Leipzig* verlassen musste, konnte an das *Theologische Seminar* wechseln. Das betraf zum Beispiel Frank Zieger, einen vorbestraften Dresdner. Er hatte die „DDR“ an der *Karl-Marx-Universität* als „faschistoiden Staat“ bezeichnet.

Vgl. auch: Vogler, Werner (Hrsg.) in Verbindung mit Hans Seidel und Ulrich Kühn: Vier Jahrzehnte Kirchlich-Theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar/ Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig, Evangelische Verlagsanstalt, 1993;

<https://de.scribd.com/doc/242282362/2014-Theologisches-Seminar-Leipzig-Kirchliche-Hochschule>.

*Arbeitskreis Gerechtigkeit* wurde von Studenten des *Theologischen Seminars* gegründet, auch die *Arbeitsgruppe Umweltschutz* (von ihr spaltete sich die *Initiativgruppe Leben* ab) und die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* gehörten bei ihrer Gründung zum Umfeld.

Das staatliche Bildungssystem der „DDR“ war hoch selektiv, der politische Konformitätsdruck enorm. Wenngleich es auch in der subversiven Szene einzelne staatliche Studenten gab, zum Beispiel studierten Michael Arnold (*Initiativgruppe Leben*) Zahnmedizin und Hagen Findeis (*Arbeitskreis Abgrenzung und Öffnung*) Theologie an der Leipziger Universität, so waren die staatlichen Studenten doch als soziale Gruppe für die Revolution 1989 einfach bedeutungslos.

Das Massaker im Juni 1989 in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens zeigte den Menschen in der „DDR“ nicht nur die Grausamkeit der kommunistischen Führung Chinas. Da die Opfer überwiegend Studenten waren, wurde zugleich deutlich, selbst dort könne das Bildungssystem nicht so politisch selektiv gewesen sein wie in der „DDR“.

In der marxistisch-leninistischen Ideologie galten Studenten im Kapitalismus als deklassiert, im Sozialismus als noch nicht gefestigt in ihrer Klassenzugehörigkeit. Deshalb sollte ihnen die besondere Aufmerksamkeit aller Sicherheitsorgane gelten.<sup>13</sup>

Kaum bekannt war in der „DDR“ die Existenz der nicht-staatlichen kirchlichen Hochschulen. Im Jahre 1982 mussten die Studenten erst Dozenten in den *Studentenclub Moritzbastei* schicken, um die Anerkennung ihrer Studentenausweise zu erwirken. Dort war einfach nicht geglaubt worden, dass eine nicht-staatliche Hochschule in der Stadt Leipzig existieren könnte.

Bisweilen fragten studierende Genossen im Studentenclub schon, wieso man so etwas im Zeitalter der Wissenschaft noch studieren könne. Manche Theologie-Studenten pflegten dann süffisant zu antworten: *„Immerhin haben die Christen ihre Zeit der Inquisition hinter sich, das kann nicht jede Weltanschauung von sich sagen.“*

Welche Institution wäre wichtiger als das *Theologische Seminar*, wenn es um die Frage geht, weshalb gerade in Leipzig der Durchbruch zur Massendemonstration gegen das SED-Regime gelingen konnte?

---

<sup>13</sup> Sogar wenn Studierende in der Straßenbahn ohne Fahrschein angetroffen wurden, mussten sie mit einer Meldung an die Bildungsinstitution rechnen. Die FDJ, die „Freie Deutsche Jugend“, das heißt die Jugendorganisation der Staatspartei, führte dann eine „Aussprache“ mit solchen Übeltätern, ob sie sich der Ehre eines Studiums, das von der Arbeiterklasse bezahlt werde, noch würdig erweisen könnten, obwohl sie in der Öffentlichkeit negativ aufgefallen seien.



## 7. Das Konzept der Gewaltlosigkeit

Im Jahre 1985 kam Pfarrer Christoph Wonneberger nach Leipzig, mithin wurde seine Gemeinde, die *Lukasgemeinde in Leipzig-Volkmarsdorf*, zum zweiten Konzentrationspunkt des Widerstandes. Schon als er noch Pfarrer an der *Weinbergskirche in Dresden-Trachenberge* war, hingen die Prinzipien von Mahatma Gandhi auf Stoff geschrieben im Gemeindesaal an der Wand. Der kluge Inder hatte die Chancen der freien Presse Großbritanniens und des Universalismus des bürgerlichen Rechtes erkannt und die Methode der Gewaltfreiheit konsequent zur Delegitimation kolonialer Herrschaft genutzt. Befreiung ohne Ressentiment war exemplarisch vorgelebt worden!

Dereinst lasen wir Theodor Eberts Veröffentlichungen, lernten die subversive Aktion von der konstruktiven Aktion unterscheiden.<sup>14</sup> Heute ist der Amerikaner Gene Sharp mit dem *Albert-Einstein-Institut* in der gleichen Traditionslinie bekannter.<sup>15</sup>

Christoph Wonneberger hatte das „*Politische Nachtgebet*“, wie es 1968 in Köln eingeführt worden war, für die Verhältnisse der „DDR“ angepasst und die Idee „*Friedensgebet*“ genannt, wobei es darum gehen sollte, in möglichst vielen Städten regelmäßige politische Treffpunkte zu institutionalisieren.<sup>16</sup>

In Zusammenhang mit dem Konzept der Gewaltlosigkeit wurde auch die Frage diskutiert, was der Verteidigung wert wäre. Gab es einen zweiten Pfarrer in der „DDR“, der öffentlich ausgesprochen hätte, die „DDR“ – so wie sie ist – sei der Verteidigung nicht wert? Christoph Wonneberger leitete aus der Unterstellung, den Herrschenden müsse wenigstens daran gelegen sein, die „DDR“ der Verteidigung wert erscheinen zu lassen, die Notwendigkeit des *Sozialen Friedensdienstes (SoFd)* ab. So ließ sich die Kritik am Zustand des Pflege- und Gesundheitssystems mit der Motivation für all jene jungen Männer verbinden, die den „*Ehrendienst bei der Nationalen Volksarmee*“ für die „DDR“ alles andere als ehrenvoll empfanden und denen die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens im Lande mindestens Unbehagen bereitete.

Das Konzept der Gewaltlosigkeit war nicht nur aus Schwäche geboren, sondern klugem Umgang mit Ressourcen geschuldet. Wer einen im Innern aufgerüsteten repressiven Staat angreifen will, hat einfach keine guten Chancen.

---

<sup>14</sup> Zum Beispiel: Ebert, Theodor: *Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg*, Frankfurt am Main/ Berlin, Fischer, 1970, S. 37.

<sup>15</sup> Sharp, Gene: *Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfaden für die Befreiung*, München, Beck, 1993; <http://www.aeinstein.org>.

<sup>16</sup> Siehe zu Christoph Wonneberger: Mayer, Thomas: *Der nicht aufgibt. Christoph Wonneberger – eine Biographie*. (Schriftenreihe des Sächsischen LStU Band 14) Leipzig, Evangelische Verlagsanstalt, 2014 / Pausch, Andreas Peter: *Widerstehen – Pfarrer Christoph Wonneberger*, Berlin, Metropol, 2014.

Der Serbe Srdja Popović, einst *Otpor!*-Aktivist im Kampf gegen Milošević und später Gründer von *CANVAS*, dem „Zentrum für angewandte gewaltfreie Aktionen und Strategien“, verweist auf die Studie zweier amerikanischer Politikwissenschaftlerinnen „*Warum ziviler Widerstand wirkt*“. Sie haben 323 Aufstände zwischen 1900 und 2006 analysiert. „*Ergebnis: Nur 26 Prozent der gewaltsamen Aufstände waren erfolgreich, aber 53 Prozent der gewaltlosen. Kopf schlägt Faust. Nicht andersherum.*“<sup>17</sup>

Strittig blieb freilich vor dem Hintergrunde der Erfahrungen der *Solidarność*, ob es immer einer *Solidarność Walcząca* bedarf, die wenigstens glaubwürdig Gewalt androht, um den gewaltfreien Systemwechsel auszuhandeln. Anders gefragt: Hätte sich in Polen die Staatsmacht mit der gewaltfreien *Solidarność* an einen Runden Tisch gesetzt und verhandelt, wenn es die heute zu Unrecht fast vergessene *Kämpfende Solidarność* nicht gegeben hätte?

Man sollte nicht vergessen, dass am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht in Polen verhängt worden war. Danach hatte Kornel Morawiecki die *Kämpfende Solidarność* gegründet. Überdies legte die aus dem Systemwechsel in Spanien gewonnene Transitions-Theorie nahe, es bedürfte auf beiden Seiten, auf der Seite der repressiven Staatsmacht wie auf der Seite des organisierten Widerstandes, der Softliners und der Hardliners.<sup>18</sup>

Letztlich genügte nach wenigen Tagen der offenen Gewalt von der Seite der Staatsmacht für die Revolution im Herbst 1989 das Konzept der Gewaltfreiheit, wie es Christoph Wonneberger immer vertreten hatte.

## 8. Der negative Konsens im organisierten Widerstand

Ein Wir ist stets Wagnis oder Anmaßung. Das Sinnieren über die Frage, ob Richtiges im Falschen möglich sei, war unser Problem nie. Im Falschen genügt es zu wissen, was es zu beseitigen gilt, um sich auf dem Wege zum Besseren zu vergewissern. Und an Falschem war in der „DDR“ wahrlich kein Mangel.

Die subversive Szene in Leipzig war nicht „unideologisch“, denn jede und jeder Einzelne kannte sehr wohl mindestens das eigene bewusste Wollen und die eigenen Ziele. Mit einem übertriebenen missionarischen Anspruch hätte man sich irgendwie der herrschenden Staats-Ideologie gar peinlich ähnlich verhalten.

Die Pluralität in den subversiven Gruppen war freilich beachtlich, sie reichte von sich dem Anarchismus Zurechnenden über Linksliberale und Sozialdemokraten bis zu anti-totalitären Konservativen. Insofern war es nicht anders zu erwarten: Die Gruppen sind nach Erreichen des Zieles zerfallen. Der Zweck war erfüllt.

---

<sup>17</sup> Zitiert aus: Wolff, Markus: Der Umsturzberater. In: GEO, Juni 2014, S. 102–106, S. 106.

<sup>18</sup> Vgl. zum Beispiel Maier, Lothar: Spanien Weg zur Demokratie. Meisenheim am Glan, Verlag Anton Hain, 1977.

Ein Anhänger des individualistischen Anarchismus Max Stirners sah darin eine Selbstverständlichkeit, da alles Kollektive nur zweckhaft vorläufig sei.

Carl Jesche engagierte sich 1989 bei der Gründung der *Sozialdemokratischen Partei (SDP)*, andere überführten die Bibliothek und das Archiv der Gruppen, wie sie in der Lukasgemeinde zusammengestellt worden waren, in die *Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)*. In dieser bereits 1988 geplanten Organisation verblieben noch einige aus den beiden Gruppen. Später ging die *IFM* in das *Bündnis 90* ein.

Heiko Schulz, einst für den *Arbeitskreis Gerechtigkeit* tätig, wollte noch Ende Januar 1990 angesichts niedriger Umfrageergebnisse der *DDR-CDU* von sechs bis sieben Prozent für die erste und letzte freie Volkskammer-Wahl in der „DDR“ eine unbelastete *CDU/CSU in der DDR* gründen, der nur Menschen angehören sollten, die vor dem 9. Oktober 1989 parteilos gewesen waren.<sup>19</sup>

Prominente Politiker sind aus den beiden betrachteten Gruppen nicht hervorgegangen. Die meisten hatten erst einmal damit zu tun, eine Ausbildung oder ein Studium abzuschließen. Andere sahen die Möglichkeit, nun eine Familie gründen zu können, ohne sich damit durch die Sicherheitsorgane des Staates erpressbar zu machen. Einige engagierten sich seither im gewerkschaftlichen Bereich, da die gesellschaftliche Auseinandersetzung nun nicht mehr nur im rein politischen Feld zu suchen ist. Wieder andere bereisten die Welt.

Entscheidend war bis 1990 der gemeinsame Gegner „DDR“-Staat. Intellektuell mochte man sich nebenbei über allerlei streiten, doch das war zur Freude an der Bildung und an der Debatte.

Es gab auch Gruppen, die sich damals sehr zeitintensiv auf Positives zu einigen versuchten, aber waren sie effektiv?

Buddha soll gesagt haben, wenn man einen Pfeil im Fleische verspürte, so sollte nicht die erste Frage sein, wer diesen Pfeil warum geschossen haben mag, sondern wie man ihn entfernen und den Schmerz lindern kann. Das Nächstliegende zu erkennen, kann eine Tugend sein.

Wir hatten 1989 gesiegt, die „DDR“ war vorbei ... und viele Wege offen.

---

<sup>19</sup> Schulz, Heiko: *CDU/CSU Gründungsaufruf vom 29. Januar 1990* (Reproduktion des Flugblattes, das zur Montagsdemonstration verteilt worden war); <https://de.scribd.com/doc/31021356/1990-01-29-Leipzig-CDU-CSU-Grundungsaufruf>.

## 9. Weltpolitische Veränderungen

Nur kurz sei auf den weltpolitischen Horizont eingegangen. Mochte James Earl Carter als Präsident der USA im Verhältnis zum Schah von Persien auch gegen die Ratschläge seiner Diplomaten gegenüber dem Iran folgenschwere Fehler begangen haben, die auch seine Abwahl beförderten, so bleibt anhaltend zu würdigen: Er hat die Durchsetzung der Menschenrechte auf die Agenda der internationalen Politik gesetzt.

Von Ronald Reagan hatte die Mehrheit der Amerikaner sicher wenig, er hat in den USA das wirtschaftliche Experiment der Angebotspolitik ins Werk gesetzt.<sup>20</sup> Aber auf der Ebene internationaler Politik konnten wir davon ausgehen, dass seine Verachtung für die kommunistischen Diktaturen ernst zu nehmen sei. Schon am 17. März 1981 hatte er erklärt: *„Der Westen wird den Kommunismus nicht eindämmen. Er wird den Kommunismus überdauern. Er wird ihn als ein bizarres Kapitel der Menschheitsgeschichte zur Seite legen, dessen letzte Seiten gerade geschrieben werden.“* In dieser Hinsicht hat Ronald Reagan nicht enttäuscht. Den Kommunismus in friedlichen Verhandlungen überwunden zu haben, ist sein bleibendes Verdienst.

Margaret Thatcher war sowohl wirtschaftspolitisch mit ihrem antiliberalen wie antisozialen Anti-Keynesianismus wie auch in der internationalen Politik durch die Freundschaften zu ihren Lieblingsdiktatoren General Augusto Pinochet in Chile und zum Conducator Nicolae Ceausescu in Rumänien eine eher beängstigende Erscheinung im Spektrum der demokratischen Staaten des Westens.

Mit Michail Gorbatschow verbanden die Genossen in der „DDR“ weit mehr Hoffnungen als die subversiven Gruppen. Stichworte wie *„Neues Denken“* vermochten uns wenig zu beeindrucken, wir dachten schon lange kritisch. *„Glasnost“* erschien wie eine Gnade an die Untertanen, nun auch offiziell etwas mehr wissen zu dürfen.

Ein Novum war für uns ab 1986 die Erkenntnis, die *Sowjetunion* werde keine Militäreinsätze mehr zur Rettung der Regierungen in ihrem Einflussbereich veranstalten. Damit war tatsächlich eine andere Situation als 1953 garantiert, immerhin!

---

<sup>20</sup> Immerhin scheinen in den USA die Ökonomen aus Fehlern zu lernen, so schrieb ein ehemaliger Journalist von The Wall Street Journal: *„Während die Angebotler sich viel Zeit ließen, das Scheitern ihrer Theorie zuzugeben, haben die meisten Ökonomen schon lang jeden Glauben an die Versprechen Laffers, Mundells, Wanniskis oder irgendeines anderen tonangebenden angebotsorientierten Wirtschaftsstrategen aufgegeben. Es findet sich heute in der Tat kaum noch ein Ökonom, der zugäbe, daß das Angebotskonzept überhaupt einen Sinn mache.“* Malabre Jr., Alfred L.: Ungehörte Propheten. Eine Insider-Geschichte der modernen Ökonomen, Stuttgart, Schäffer-Poeschel, 1994, S. 247.

Am 4. Februar 1989 fand eine innerkirchliche Tagung der Leipziger Gruppen des Synodalausschusses für Frieden und Gerechtigkeit im nahe gelegenen Wurzten statt. Zwei Themen standen auf der Tagesordnung: 1. Das begrenzte politische Mandat der Kirche und 2. Die Arbeit der Gruppen und ihr Verhältnis zueinander. Dabei fragte Superintendent Friedrich Magirius einen Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, worum es dieser Gruppe gehe. Thomas Rudolph antwortete aufrichtig, es gehe um die Mitwirkung daran, „die Landkarte Europas zu verändern“.

## 10. Wozu die deutsche Teilung bewahren?

Für eine kurze Zusammenfassung des üblichen Bildes von Opposition in der „DDR“ mag ein Historiker zu Wort kommen, der Geschichte überwiegend aus der Perspektive der Regierenden mittels vieler Zeitzeugen-Interviews rekonstruiert. Alexander von Plato schreibt nach Gesprächen mit Gerd Poppe und anderen:

*„Während die »Rückkehr nach Europa« mit Blockfreiheit, Demokratie und Menschenrechten zentral für die Opposition gewesen war, und zwar in Verbindung mit den Dissidenten Polens und der Tschechoslowakei, spielte die Wiedervereinigung nur eine geringe Rolle. Letztlich kann dies auch nicht erstaunen, da die meisten führenden Persönlichkeiten der Bewegung die Wurzeln ihrer politischen Opposition in einer Zeit hatten, als es ihnen um die Reformierung der DDR ging, als Robert Havemann, Dubček und der Prager »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« Ziele wiesen und nicht die Bundesrepublik und die parlamentarische Demokratie eines kapitalistischen Staates. Der Gründungsakt des Neuen Forum hatte entsprechende symbolische Bedeutung: Es war das Haus Havemanns.“<sup>21</sup>*

Dieser Sicht ist für die Berliner Gruppen sicher nicht zu widersprechen. Sie trifft jedoch mindestens auf die beiden hier dargestellten Leipziger Gruppen *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und *Arbeitskreis Gerechtigkeit* nicht zu. Wir waren jünger, der Versuch von 1968, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu erreichen, hatte aus unserer Sicht lediglich die Offenlegung seines wahren Aussehens provoziert.

Im Jahre 1988 hatte Jens Reich einen Artikel in der Zeitschrift *Lettre* unter dem lustigen Pseudonym Thomas Asperger veröffentlicht. Darüber war diskutiert worden. Die Frage war: Gelänge es, in der „DDR“ Demokratie zu erringen, wodurch wäre dann der Fortbestand zweier Staaten zu rechtfertigen? Wozu die deutsche Teilung fortschreiben, wenn sie in freier Selbstbestimmung aufgehoben werden könnte? In den beiden Gruppen gab es eine grundsätzlich pro-kapitalistische

---

<sup>21</sup> Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Berlin, Christoph Links Verlag, 2., durchgesehene Aufl. 2003, S. 53.

Einstellung, Sehnsüchte nach reformsozialistischen Versuchen wurden nicht einmal diskutiert.

Die Aufgabe für den organisierten Widerstand in der „DDR“ war – gemessen an anderen Staaten des Ostblocks – vergleichsweise einfach. Wir mussten uns über die Machtübernahme keine Gedanken machen. Das Bessere stand schon bereit, an dem sich demokratisch mitwirken ließe. Die *Bundesrepublik Deutschland* hatte sich mit dem Grundgesetz selbst die Überwindung der Teilung verordnet. Für uns galt es nur die Voraussetzungen zu erreichen, diese Verpflichtung einfordern zu können.

Die Gründung des *Neuen Forum* in Grünheide bei Berlin fand anfangs wenig Begeisterung in Leipziger Gruppen. Einige sahen darin sogar den Verrat an der konzertierten Aktion vieler subversiver Gruppen „DDR“-weit, die eventuell wirkungsvoller gewesen wäre. Aber das ist schon wieder ein anderes Thema ...

## 11. Der Leipziger Schachzug:

### Austausch zwischen subversiven Gruppen und Ausreisewilligen

In seinem Beitrag zum Jubiläum in der Nikolaikirche am 9. Oktober 2014 hob Frank Richter in aller Kürze vier Punkte zur Arbeit der Gruppen in Leipzig hervor:

*„1. Der Aufbau eines Netzwerkes der Oppositionsgruppen in der „DDR“. Einmal im Monat, an jedem dritten Sonnabend, trafen sich bereits seit Sommer 1988 in Leipzig Vertreter von mehr als 40 Gruppen, alternativen Bibliotheken und Redaktionen von Samisdat-Zeitschriften.*

*2. Der Aufbau eines Netzwerkes in den Ostblock, unter anderem zur Solidarność in Polen, zur Charta 77 und zu VONS – dem Komitee zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter in der damaligen ČSSR, zu Fidesz, dem Bund Junger Demokraten in Ungarn, in das Baltikum, nach Rumänien.*

*3. Die Zusammenarbeit mit den „Antragstellern auf ständige Ausreise“. Sie, die das miesepetriges Drei-Buchstaben-Land „DDR“ verlassen wollten, in unsere politische Arbeit einzubeziehen, war in Leipzig selbstverständlich. Das war nicht überall so!*

*4. Persönliche Kontakte zu bundesdeutschen und ausländischen Journalisten und Politikern. Über diese Kontakte erhielten wir nicht nur unsere technische Ausrüstung, Druckmaschinen, Fotokopierer, Videokameras. Wir konnten so die Öffentlichkeit nicht nur im Westen, sondern über den Umweg Tagesschau, RIAS und Deutschlandfunk auch in der „DDR“ über Menschenrechtsverletzungen, über Inhaftierungen und Aktionen informieren.“*

Der unterscheidende Punkt ist der dritte. Es gab in Leipzig keine moralisierenden Debatten darüber, ob es richtig oder falsch sei, einen „Antrag auf ständige Ausreise“ zu stellen. Die Ausreisewilligen konnten ihr Ansinnen beschleunigen, wenn sie bei einer Aktion des organisierten Widerstandes

auffielen. Andernfalls war vollkommen ungewiss und willkürlich, wann ein Staatsinsasse von der Obrigkeit entlassen wurde.

Freizügigkeit wurde nicht nur in den hier dargestellten Leipziger Gruppen als Menschenrecht gewertet, auch in der *Initiativgruppe Leben* und anderen Gruppen gab es diesbezüglich keine Ausgrenzung.

Fred Kowasch im Rückblick: *„Es gab Riesenunterschiede zwischen Berlin und Leipzig, und gerade diese Symbiose von Ausreisewilligen und Oppositionellen hat Leipzig so stark gemacht und vorangebracht. O. k., wir waren auch eine andere Generation, wesentlich jünger, kannten uns zum Teil aus der Friedens- und Umweltbewegung seit Anfang 1980. Es war einfach in Leipzig kleiner, familiärer, die Kreise nicht so verfeindet, wie ich es aus Berlin gehört habe, und die Leute, die ausreisen wollten, hatten auch eine gewisse Tradition, auch innerhalb der einzelnen Bewegungen, Umwelt-, Friedens-, dann Menschenrechtsbewegungen. Und das ist dann bei den Hierbleibern auch akzeptiert worden. Die Folge war, dass ich mir dann gesagt habe: ‚Ich habe mich genug engagiert, jetzt möchte ich verdammt noch mal mein Studium machen‘. Und ich sah auch keinerlei Chancen mehr, die DDR groß verändern zu können. Es schloss sich für mich aber nicht aus, weiterhin aktiv zu sein, den Knast zu riskieren, das war auch ein Teil meines Lebens, das ich, im Gegensatz vielleicht zu vielen anderen, auch versucht habe fortzusetzen. Es gab in Berlin über die Leipziger Gruppe den Begriff ‚Himmelfahrtskommando‘. Uns war es egal, was passiert. Unser Ziel war, die Straße zu besetzen, Aktion zu machen, aus der Kirche herauszutreten. Wir wussten um das ‚Gebraucht-worden-sein für die Aktion‘, aber das hat uns keine Probleme bereitet. Das war nicht so ein krasser Unterschied wie in Berlin, das war auch nicht der Inhalt der Diskussionen, die gab es in dem Maße nicht; [...]“<sup>22</sup>*

Ausreise-Antragsteller und subversive Gruppen wirkten zum gegenseitigen Vorteil im Austausch zusammen: Ausreiseantragsteller will politisch auffallen und weg, bietet Risikobereitschaft, sucht organisatorischen Rahmen mit Pressearbeit an westliche Medien für den Fall der Inhaftierung. – *Arbeitskreis Gerechtigkeit* sucht Risikobereite für öffentlichkeitswirksame subversive Aktionen, bietet Planung und Pressebegleitung. – So erhöhte sich die subversive Wirksamkeit der Gruppe und für die Ausreisewilligen die Wahrscheinlichkeit, durch Engagement ihr Ziel vergleichsweise schnell erreichen zu können.

Fred Kowasch sieht darin den entscheidenden Unterschied:

*„Die Antragsteller waren ausschlaggebend, denn, wenn es sie nicht gegeben hätte, wären nie diese Dutzende, Hunderte, dann Tausende auf die Straße*

---

<sup>22</sup> Schwabe, Uwe/ Eckert, Rainer (Hrsg. im Auftrag des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.): Von Deutschland Ost nach Deutschland West. Oppositionelle oder Verräter? Haben die Ausreisewilligen der 80er Jahre den Prozess der friedlichen Revolution und das Ende der DDR eher beschleunigt oder gefährdet? Forum Verlag Leipzig, Leipzig, 2003, S. 32.



*gegangen. Und ihr habt euch in Berlin selbst ein Bein gestellt, indem ihr diese Leute ausgegrenzt habt.“<sup>23</sup>*

## 12. Einübung des aufrechten Ganges

Mit Berliner Vertretern der Opposition war aber durchaus abgesprochen, dass in Leipzig mit dem montäglichen Friedensgebet in der Nikolaikirche ein Kulminationspunkt geschaffen werden sollte, um möglichst viele Menschen zu versammeln und Protestpotential zu bündeln. Vorbilder waren Treffen der ostmitteleuropäischen Opposition in der Danziger Brigittenkirche und auf dem Wenzelsplatz in Prag.

Noch Ende 1987 gab es Montage, an denen in der Leipziger Nikolaikirche manchmal nur wenige Dutzend Teilnehmer zusammen kamen. Beharrliche Ermutigungen durch wiederkehrende „*Eroberungen des öffentlichen Raumes*“ waren notwendig.

Es galt das Informationsmonopol der Herrschenden vermittels der Westmedien zu durchbrechen. Auf diese Weise sollte Druck auf die Machthaber in Ostberlin ausgeübt werden.

Der seit Sommer 1988 monatlich stattfindende *Sonnabendskreis* mit zahlreichen Gruppen, vor allem aus dem Süden der „DDR“ hatte auch den Zweck, Texte abzustimmen, zu verbreiten und einen relevanten Rückfluss an Zustimmungen zu erzeugen, der den Texten Gewicht verleihen konnte.

Überdies hatte der *Sonnabendskreis* die Funktion, Menschen zu motivieren, am Montag nach Leipzig zu kommen. Schon 1988 gab es dagegen Straßensperren, um Autos mit weißem Bändchen an der Antenne – dem stillen Zeichen der Ausreisewilligen – zu behindern oder ihre Fahrer mit Strafen zu belegen.

Die Absprachen innerhalb der organisierten Opposition sahen vor, an diesem zentralen Ort in Leipzig so viele Menschen wie möglich zu versammeln. Wenn die kritische Masse erreicht wäre, deren es bedurfte, um zu einer Kundgebung vor der Nikolaikirche, später zu einer Demonstration hinaus zu gehen auf die Straßen der Leipziger Innenstadt, so ließe es sich gemeinsam wagen ...

Auf diese Weise ist es innerhalb von anderthalb Jahren letztlich gelungen, den SED-Staat hinweg zu demonstrieren.

Viele der Schritte auf dem Weg dahin sind in der vorliegenden Chronik dokumentiert.

Oliver Kloss

Rainer Müller

---

<sup>23</sup> Ebenda, S. 51.

URL dieser Leseprobe:

[http://issuu.com/ifm-archiv/docs/2014\\_weg-in-den-aufstand\\_leseprobe-](http://issuu.com/ifm-archiv/docs/2014_weg-in-den-aufstand_leseprobe-)

<http://de.scribd.com/doc/242282535/2014-Weg-in-den-Aufstand-Chronik-des-Widerstandes-1987-1989>